

## ENTWICKLUNGSLINIEN IN DER AGRARÖKONOMISCHEN FORSCHUNG IN DER DDR 1959 – 1989

von

O. ROSENKRANZ\*

Als im Oktober 1949 die DDR ausgerufen wurde, ahnte niemand, daß sie 40 Jahre alt wird. Deutschland wurde damit geteilt, und in seinem östlichen Teil begann auch für die Landwirtschaft eine Entwicklung, wie es sie in einem ähnlich langen Zeitabschnitt wohl in Jahrhunderten nicht gegeben hat. Heute, 50 Jahre nach diesem für alle, die es erlebt haben, so unheilvollen Ereignis, erscheint es mir als durchaus berechtigt, anläßlich des 40. Jahrestages seit der Gründung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in der Landwirtschaft den Versuch zu unternehmen, einmal darzustellen, was landwirtschaftliche Betriebswirtschaftswissenschaft in der DDR war und welchen Anteil ihre Vertreter an der Entwicklung hatten.

Es ist nicht einfach für jemand, dem man nie so recht traute, den man bespitzelte, später lobte, anerkannte und fast verwöhnte, um ihn dann in eine Art innerer Verbannung zu schicken, aus der man ihn erst nach der Wende holte, um ihn zu rehabilitieren, sine ira et studio zu berichten. Ich will es versuchen.

An den sechs Universitäten der DDR gab es 1949 auch schon sechs Lehrstühle für landwirtschaftliche Betriebslehre. In Rostock lehrte Asmus PETERSEN, in Greifswald Georg BLOHM, in Berlin SENNEWALD. WOERMANN hatte gerade Halle verlassen, um einem Ruf nach Göttingen zu folgen. In Jena war HENKELMANN, und in Leipzig wurde der Lehrstuhl von einem Assistenten verwaltet. Grundlage für die Lehre waren AEREBOE, BRINKMANN und BLOHMs „Angewandte landwirtschaftliche Betriebslehre“.

In dieser Zeit gab es einen lebhaften Streit darüber, was Betriebslehre eigentlich ist. Die bestimmenden marxistischen Politökonomien meinten, daß alle wirtschaftlichen Probleme der Landwirtschaft von der politischen Ökonomie des Marxismus zu lösen seien. Für die einen war Betriebslehre, wie auch alle, die sich mit ihr befaßten, Relikte einer bürgerlich-kapitalistischen Weltanschauung, andere wollten aus ihr eine Kunstlehre machen. Schließlich galt die Ökonometrie als der Versuch der Bourgeoisie, die Politische Ökonomie durch die Mathematik zu ersetzen. Mit der Erkenntnis aber, daß es keine sozialistischen und keine kapitalistischen Kühe gibt und daß man Schweine, wenn Futter fehlt, auch nicht mit Bewußtsein mästen kann, entstand die Frage, ob es denn sozialistische und kapitalistische Betriebe gibt. Die Antwort konnte nur sein: Betriebe sind Einheiten der gesellschaftlichen Produktion, in denen die Gesetze der materiellen Produktion wirken. Sie wirken unabhängig von den gesellschaftlichen Verhältnissen, können aber in Abhängigkeit von ihnen unterschiedlich angewandt oder genutzt werden. So kam man dazu, daß Betriebswirtschaft als selbständige ökonomische Wissenschaft mit eigenem Erfahrungsobjekt – den Betrieben – und eigenem Forschungsgegenstand von der Politischen Ökonomie abgegrenzt wurde. Das war von entscheidender Bedeutung für alle betriebswirtschaftswissenschaftliche Arbeit. Dabei verhielt man sich den Betriebswirten gegenüber noch über Jahre als „bürgerlichen Relikten“ sehr zurückhaltend.

Das galt nicht, wenn es darum ging, die Arbeit der Bauern zu erleichtern, wie es einmal das Ziel der von DERLITZKY 1920 gegründeten Versuchsanstalt für bäuerliche Werkarbeit in *Pommritz* war und in der aus ihr 1950 entstandenen Forschungsstelle für Landarbeit *Gundorf*,

---

\* Prof. (em.) Dr. habil. Dr. h.c. Otto Rosenkranz, Leipzig.

dem späteren Institut für landwirtschaftliche Betriebs- und Arbeitsökonomik Gundorf der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin weiter verfolgt wurde.

Während deutsche Landarbeiter sich immer gegen Akkordarbeit gewehrt hatten, war sie in der Sowjetunion in Staatsgütern und MTS seit langem üblich. Die wissenschaftliche Grundlage dafür lieferte das Taylor-System, nach dem Lenin festgestellt hatte, daß man ihm nur den Löffel Pech entnehmen muß, der es zum Werkzeug kapitalistischer Ausbeutung gemacht hatte.

Die Arbeit im Volkseigenen Gut galt als Arbeit in eigener Sache, frei von Ausbeutung. Sie nach Normen zu bewerten, entsprach also nur dem Gebot „Jedem nach seiner Leistung“. So kam 1951 schnell ein erster Arbeits-Normenkatalog für VEG zustande Er wurde allgemein eingeführt und meist – wenn auch mit gewissen Schwierigkeiten – angewandt.

Von Gewinn auch nur zu sprechen, galt schon als ideologische Schwäche, bis um 1950 herum der Begriff der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ aus der Sowjetunion propagiert wurde. Er war ungekannt. *Chos.rastschot* bedeutete in der Sowjetunion aber nichts anderes als Übergang von der bis dahin gültigen Finanzierung aller staatlichen Betriebe aus dem Haushalt zur betrieblichen Eigenfinanzierung. Neben der Erfüllung des staatlichen Produktionsplanes sollten auch alle Kosten durch Erlöse gedeckt werden. Generelles Ziel aller wirtschaftlichen Tätigkeit wurde die Erreichung einer geplanten Produktion mit niedrigsten Kosten. Die Kosten zu minimieren und den Erlösen gegenüberzustellen entsprach auch voll unseren Vorstellungen vom Wirtschaften. Nachdem das erkannt war, dauerte es nicht mehr lange, bis für die ersten volkseigenen Güter Buchabschlüsse mit Kostenträger-Stückrechnung vorgelegt werden konnten. Das war das Ergebnis der Arbeiten junger Betriebswirtschaftler der Universitäten und der Institute der inzwischen gebildeten Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften. Geholfen haben ihnen dabei die letzten Mitarbeiter der einst bekannten landwirtschaftlichen Buchstelle von Professor HOWARD in Leipzig.

Besonderes Interesse bestand in dieser Zeit an der Messung der Arbeitsproduktivität. BEHRENS, damals bekanntester Volkswirt der DDR, arbeitete an der sogenannten Zeitsummenmethode. Von GAMPE in seiner Dissertation auf die Landwirtschaft angewandt, ergaben sich Möglichkeiten, nicht nur die Effektivität der lebendigen Arbeit in den einzelnen Betrieben mit Normen zu vergleichen, sondern auch Betriebe untereinander.

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der gesamten Landwirtschaft in der DDR war in dieser Zeit (1950-1951) die Gründung der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin. Sie war mit ihren etwa 30 ordentlichen Mitgliedern, den bedeutendsten Agrarwissenschaftlern des Landes, die zentrale landwirtschaftswissenschaftliche Einrichtung der DDR, der alle außerhalb des Hochschulwesens und der Volksbildung bestehenden Institute, Versuchs- und Untersuchungsstationen sowie landwirtschaftswissenschaftliche Forschungsstellen zugewiesen wurden. In ihr wurde alle landwirtschaftswissenschaftliche Arbeit geplant, koordiniert, und in ihr wurden alle für die Landwirtschaft bedeutenden Probleme beraten und Entscheidungen vorbereitet.

Für die damalige Situation bezeichnend und auch aus heutiger Sicht interessant dürfte sein, daß unter den rund 30 berufenen Gründungsmitgliedern der DAL allenfalls sechs Mitglieder der SED waren, einige von ihnen aus der SPD übernommen. In den Sektionen erfolgte nicht nur eine ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen den Instituten der einzelnen Disziplinen, sondern auch mit der Praxis, deren Bedürfnissen zu dienen oberstes Gebot der DAL war.

Mit dem Beschluß der 2. Parteikonferenz der SED (1953), der Bitte der Bauern zu entsprechen und ihnen die Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu gestatten, erfolgte in der DDR nach der Bodenreform im Jahre 1945 der zweite große Schritt zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Es waren nicht „die Bauern“, die darum gebeten hatten – wohl aber einige. Manche aus Überzeugung, manche aus Not. Da bis dahin jeder, der es auch nur wagte, von Vergenossenschaftlichung zu sprechen, riskierte, eingesperrt

zu werden, war die Überraschung bei den meisten groß – obwohl jeder, der mit den politischen Interessen der Sowjetunion auch nur einigermaßen vertraut war, wissen mußte, daß sie der Landwirtschaft der DDR, solange sie unter sowjetischem Einfluß war, bevorstand. Die politische Entscheidung wurde aber auch durch die allgemeine Lage der Landwirtschaft begünstigt, wenn nicht gar erzwungen. Während die Betriebe der alteinsässigen Bauern – soweit sie nicht zu den Großbauern gehörten – sich allmählich stabilisierten, begannen immer mehr Neubauern, die außer ihrem Land nichts hatten, weil sie als Flüchtlinge gekommen und oft auch berufsfremd waren, ihre Stellen aufzugeben und sich einen anderen Erwerb zu suchen.

Man entschloß sich, auftretende Probleme „im Fortschreiten“ zu überwinden, was helfen sollte, das angestrebte Ziel schneller als im Zuge einer längeren Entwicklung zu erreichen. Wer aber versuchte, ideologisch unbeeinflußt sich eine eigene Vorstellung von dem zu machen, was für die Landwirtschaft und die Bauern in der nun einmal entstandenen Lage zu tun war, wer die nach wie vor bestehende Plackerei in den bäuerlichen Betrieben kannte, an der sich nicht geändert hatte, seit MÜNZINGERS „Diplomknechte“ sie in ihren Dissertationen beschrieben hatten, dem konnte auch nichts Besseres einfallen, als ihnen zu empfehlen, sich zu gemeinsamer Produktion zusammenzuschließen.

Politische Zielstellung und wirtschaftliche Vernunft ergänzten sich also, und es gab für einen vernünftigen Menschen keinen Grund, sich der Bildung von LPG entgegenzustellen – denn sie sollte freiwillig erfolgen.

Niemand vermag zu sagen, wie lange es gedauert hätte, bis alle Bauern der DDR sich ohne Zwang zu Genossenschaften zusammengeschlossen hätten. Es wären bestimmt mehr als sieben Jahre gewesen. Wer für ein behutsameres Vorgehen eintrat, mußte dafür wie Kurt VIEWEG mit Zuchthaus bezahlen. Die DDR zahlte dafür mit dem Widerstand der Masse ihrer Bauern, die sie immer als ihre Verbündeten bezeichnete. Sie verließen das Land, oft auf die abenteuerlichste Art. Manche meinten, den Verlust ihrer Selbständigkeit nicht überstehen zu können. Für sie wurde die Vergenossenschaftlichung zur Katastrophe – auch wenn ihr Eigentum erhalten blieb: Der Boden im Grundbuch, das Inventar bewertet bei der Übergabe als Forderung an den Fonds der LPG.

Das Statut verlangte strikte Vergütung aller Mitglieder nach der Leistung, sagte aber nicht, wie sie zu ermitteln ist. In der Sowjetunion wurde nach „Arbeitstagen“ abgerechnet, denen Normen zugrunde lagen. Es war aber nicht zu erwarten, daß deutsche Bauern bereit gewesen wären, ihre Leistungen danach abrechnen zu lassen. Dazu lag das Wort zu dicht bei „Tagewerk“ oder „Scharwerk“, zu nahe feudalistischer Vergangenheit. Als wesentlich besser erschien es deshalb, eine bestimmte Arbeitsleistung als „Arbeitseinheit“ zu bezeichnen. Sie sollte die Einheit des Anteils sein, den ein Genossenschaftsbauer durch seine persönliche Arbeit zum genossenschaftlichen Produkt beiträgt. Sie wurde ermittelt aus der für jede Arbeit bestimmten Norm und der qualitativen Bewertung mit Faktoren von 0,8 bis 1,6. Die Arbeitseinheit war aber auch die Einheit des Anteils, den der einzelne von dem Teil des genossenschaftlichen Produktes erhielt, der nach Erfüllung aller satzungsmäßigen Verpflichtungen zur Verteilung kam.

Davor stand noch die Verteilung von Bodenanteilen, die nach dem von den einzelnen Genossenschaftsbauern eingebrachten Boden bemessen wurden und je nach Statut 20 bis 40 Prozent des Brutto-Einkommens in Anspruch nahmen, sowie eine Abführung an den „Unteilbaren Fonds“ – die Akkumulation von genossenschaftlichem Vermögen.

Mitgliedern, die keine oder nur eine sehr beschränkte individuelle Viehhaltung hatten, genügte es bald nicht mehr, im Verlauf des Jahres nur Abschläge für die von ihnen geleisteten AE zu bekommen. Sie verlangten die geplanten Beiträge. Mit ihrer Bezahlung kam das Ende der Vergütung nach Arbeitseinheiten und der Übergang zur reinen Geldvergütung auch in den LPG.

Von ganz entscheidender Bedeutung für das Tempo der Vergenossenschaftlichung waren die vom Staat gebildeten Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS). Hervorgegangen aus den

Maschinenhöfen der VdgB und den Maschinen-Ausleih-Stationen waren sie von Anfang an die entscheidende staatliche Hilfe für alle, vor allem aber für Klein- und Neubauern, die keine eigenen Zugkräfte hatten. Neue Landmaschinen und Schlepper aus Importen oder eigener Produktion wurden lange nur an volkseigene Güter oder MTS geliefert. Sie wurden so zu Trägern der Mechanisierung der Landwirtschaft der DDR, und das bei bester Nutzung der Kapazitäten. Die Bauern brauchten keine Maschinen zu kaufen und konnten oft noch als Schichttraktoristen in der MTS arbeiten. Als nach Abschluß der Vergenossenschaftlichung nach 1960 die Maschinen der MTS durch Kauf oder Übergabe Eigentum der LPG wurden, wurden die meisten Traktoristen Genossenschaftsmitglieder, und es kam wieder zusammen, was zusammengehörte.

Anerkennt man die Entwicklung in der Landwirtschaft zu größeren Betrieben und die fortschreitende Konzentration der Produktion als allgemein gültiges Gesetz der gesellschaftlichen Entwicklung, so kommt man zu dem Schluß, daß auch die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft in der DDR bei allem Schrecklichem, was sie für einzelne gebracht hat, doch nur als Vorwegnahme einer Entwicklung bezeichnet werden kann, die auch den Bauern in den alten Bundesländern nicht erspart bleibt. Das Ende, eine völlig veränderte Agrarstruktur, bleibt das gleiche. Nur der Weg zu ihm ist ein anderer.

Mit der Bildung der ersten LPG wurde zur wichtigsten Aufgabe für alle Betriebswirtschaftler, für die in den neu entstehenden Betrieben zu erwartenden Aufgaben geeignete Leiter auszubilden. Die Voraussetzungen dafür sollte das auf fünf Jahre ausgedehnte und entsprechend veränderte 5-Jahr-Studium geben. Sein wesentlichstes Merkmal war die Einbeziehung der praktischen Berufsausbildung in das Studium und ihre Durchführung in den Versuchsgütern der Universitäten und der Landakademie, später auch in besonders geeigneten LPG. Zugleich stiegen die Anforderungen an die Betriebswirte, den Genossenschaften zu helfen. Das geschah in zahllosen Beratungen in LPG, aber auch damit, daß immer mehr Assistenten aus betriebswirtschaftswissenschaftlichen Instituten für längere Zeit in LPG als stellvertretende Vorsitzende oder auch Vorsitzende tätig wurden.

Für alle Betriebswirtschaftswissenschaftler war diese Zeit eine ständige Lehre. Keiner von ihnen hatte je in einer LPG gearbeitet – es gab bei uns ja auch keine. Was wir lehren wollten, mußten wir vorher in den Betrieben erfahren. So kam es, daß manche Hochschullehrer eher in einer LPG zu finden waren als in ihrem Institut. Eine gute Verbindung zur Praxis wurde zur wichtigsten Voraussetzung für eine gute Lehre. Sie wurde verstärkt durch eine Ausbildung von Fernstudenten, in der Praxis tätigen Landwirten mit mittlerer oder Fachschulbildung, die sich zu Diplomlandwirten qualifizieren wollten. Sie kannten die Probleme der Praxis, und mit ihnen geführte Diskussionen in Seminaren und Übungen brachten Vorteile für beide Seiten.

Was am meisten erwartet wurde, war praktische Hilfe bei der Lösung der Probleme der täglichen Leitung der Betriebe, zumal nach Meinung maßgeblicher Funktionäre 1 t Schwein mehr wert war als ein Berg vollgeschriebenen Papiers.

Manche Bereiche betriebswirtschaftlicher Forschung sind dabei rein aus Kapazitätsgründen zu kurz gekommen, andere stark hervorgehoben worden. Das gilt vor allem für die Probleme der Organisation großer Einheiten der Pflanzen- und Tierproduktion sowie der Kooperation unter ihnen.

Was damals von allen anerkannt wurde und politisch als unbedenklich galt, fand ab 1953 seinen Niederschlag im Entwurf des „Handbuchs des Genossenschaftsbauern“. Sein Initiator war Kurt VIEWEG, damals Direktor des Instituts für Agrarökonomik der DAL. Ohne ihn wäre ein so wenig ideologisch belastetes Werk über die Landwirtschaft nie zustande gekommen. Der zuerst erschienene Band über Tierproduktion fand allgemein Anerkennung – und niemand merkte, daß selbst ein Mitglied des ZK der SED damals noch nicht wagte, den ökonomischen Teil als ersten zu veröffentlichen. Es folgte erst später, und dann nicht als Betriebslehre der LPG, sondern als Organisation und Planung“.

Als besonderes theoretisches Problem ergab sich die Frage, ob LPG als neue Form landwirtschaftlicher Betriebe auch wie VEG abgerechnet werden können. In der Sowjetunion tat man das nicht.

In LPG gab es nach den Begriffen der politischen Ökonomie keinen Lohn. Was an die Mitglieder verteilt wurde, waren Einkünfte. Sie enthielten außer dem „Lohnanspruch der Besitzer“ der bäuerlichen Buchführung auch den Gewinn des Betriebs. Eine saubere Ermittlung von Gewinn und Verlust der LPG wurde erst möglich, nachdem im Verlauf einiger Jahre mit stabiler Vergütung je Arbeitseinheit, der Entwicklung von Ware-Geld-Beziehungen zwischen LPG und ihren Mitgliedern sowie der Einführung von Abgaben an den Staat Arbeitseinkommen der Genossenschaftsbauern und Gewinn sich trennen ließen. Trotzdem kam es zum Streit mit Betriebswirten in der DDR und russischen Kollegen, die eine volle Abrechnung von LPG gleich aus welchen Gründen ablehnten.

Es war eine der von den Landwirtschaftsakademien regelmäßig durchgeführten Koordinierungskonferenzen, auf der das Problem zur Diskussion gestellt wurde. Die Russen und die Vertreter der meisten anderen Akademien sowie die meisten Vertreter der DDR lehnten eine volle Abrechnung der LPG ab, bis der Direktor des Agrarökonomischen Instituts der Ukrainischen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften ROMANENKO erklärte, daß auch er und sein Institut in Kiew eine volle Abrechnung der LPG und Ausweis von Gewinn und Verlust für richtig halten. Während die Russen sich als Begründung für ihre Haltung auf einen Beschluß des ZK der kommunistischen Partei beriefen, erklärte ROMANENKO, das ZK der ukrainischen KP habe seine Ansicht bestätigt.

Für unsere Betriebe ergab sich damit die Möglichkeit, ihr Rechnungswesen auf ein besonders hohes Niveau zu bringen.

Als besonderes Problem empfunden wurde das fast völlige Fehlen betriebswirtschaftlicher Literatur. Eine einzige „Zeitschrift für Agrarökonomik“ wurde nach nur wenigen Jahren wieder eingestellt. So kam es, daß Kompendien zu Vorlesungen und Übungsmaterial aus Seminaren Lehrbücher ersetzen mußten. Als nach Einführung des landwirtschaftlichen Fernstudiums Kompendien durch Lehrbriefe ersetzt wurden, die von einer zentralen Abteilung für Fernstudien herausgegeben wurden war die Versorgung mit Lehrmaterial auch für die Direktstudenten gesichert.

Es ist das Verdienst von JANNERMANN und GUSSEK mit einer großen Anzahl von Mitarbeitern, 1966 erstmalig in einem Lehrbuch der „Ökonomik der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe“ den Stand der damaligen Entwicklung dargestellt und einem dringenden Bedürfnis dafür entsprochen zu haben. Ihre Absicht, ihrem Werk bald andere Arbeiten folgen zu lassen, ist leider durch politische Stellen bis zum Ende der DDR verhindert worden.

Ausgehend von der Forderung, daß die Betriebswirtschaftslehre in erster Linie der Praxis zu dienen hat, hat sich mit der Bildung der LPG auch ihr Inhalt verändert. Bei der Bildung der LPG ging es darum zu zeigen, daß gemeinsame Arbeit Vorteile bringt. Arbeitsteilung und Technologie bestimmten zunehmend die Arbeit der Bauern, und die Kombination der Produktion der einzelnen Erzeugnisse wurde zunehmend von der Anwendung einzelner Verfahren bestimmt. Die mit der Bildung der LPG entstehenden größeren Flächen brachten die Möglichkeit, die Produktion zunehmend von ihrer Begrenzung durch die Größe der einzelnen Schläge und der zu einem Betrieb gehörenden Flächen zu befreien. Man kam bei der Organisation der Betriebe von der Bodennutzung her zur Organisation vom Produkt und Verfahren.

Mit der Übergabe der Maschinen der MTS an die LPG ergaben sich völlig neue Möglichkeiten ihres Einsatzes auf den Flächen mehrerer LPG, sowohl für Schlepper als auch besonders für Großmaschinen wie Mähdrescher und Vollerntemaschinen. Das begünstigte die Bildung von kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion aus mehreren LPG. Aus ihnen wurden bald LPG Pflanzenproduktion. Praktisch ergab sich daraus die viel umstrittene Teilung zwischen Pflanzen- und Tierproduktion in getrennten Betrieben. Betriebe für Pflanzenproduktion und Betriebe für Tierproduktion entwickelten sich von da ab unabhängig voneinander bis zur Wiedervereinigung Deutschlands. Mit ihnen wurde das traditionelle Produkti-

onsschema des auf gemeinsamer Produktion von Pflanzen und Tieren beruhenden landwirtschaftlichen Betriebes aufgebrochen. für die Betriebswirte ein weites Feld der Betätigung.

Zusammenfassend läßt sich nun schon wieder zehn Jahre nach dem Ende der DDR sagen: Grundlage landwirtschaftlicher Betriebswirtschaftswissenschaft sind überall die gleichen ökonomischen Gesetze – es sei denn, man behauptet, es gebe sie nicht, und Betriebswirtschaft sei gar keine Wissenschaft. Die Wirkung von Gesetzen aber ist unterschiedlich in Abhängigkeit von den jeweiligen Bedingungen. Sollte von der AEREBOESchen Aufgabenstellung für die Betriebslehre ausgehend unter den jeweiligen gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Verhältnissen von der Wissenschaft gesagt werden, was die Praxis zu tun hat, ihr ökonomisches Ziel zu erreichen, so mußten diese Aussagen unterschiedlich sein. Ihr Wert kann nur am Ergebnis gemessen werden, am Erfolg der Betriebe. Wenn in den neuen Bundesländern nur wenig Gebrauch davon gemacht wurde, alte Strukturen wieder herzustellen, so bedeutet das nicht anderes, als daß selbst eine mit Gewalt unter starkem politischen Druck und meist gegen den Willen der Menschen durchgeführte Veränderung der Landwirtschaft nur zu einer gesetzmäßig erfolgenden Umstrukturierung geführt hat. Die Bauern im Osten Deutschlands haben, was ihren Kollegen im Westen noch bevorsteht, bereits hinter sich. Man mag verschiedener Meinung sein, wem das zuzuschreiben ist. Die Betriebswirtschaftswissenschaftler der DDR haben einen Teil dazu beigetragen.

All das sagt nichts darüber, wie es den Betriebswirten selbst dabei ergangen ist. Sie lebten in einer Diktatur und unterlagen deren Gesetzen. Wer sie in seinem Berufsleben überlebt hat, hat Glück gehabt. Von denen von 1949 war es keiner. Aber auch jüngere blieben nicht verschont. Will man, so lassen sich in einigen Gruppen – Schulen wäre nicht ganz die richtige Bezeichnung – unterteilen: Die betont fortschrittlichen direkten Schüler von ASMUS PETERSEN – Rostock, die stark zurückhaltenden Hallenser mit ERICH HOFFMANN nach WOERMANN und BLOHM, die etwas blassen Berliner und die mehr der Technologie und der Praxis zugeneigten Leipziger. Sie alle haben sich ernsthaft bemüht, unseren Bauern zu helfen. Aus ihrer Zusammenarbeit in der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften ergaben sich ihre Erfolge.

Wie die Entwicklung weitergehen wird, welche Rechtsformen sich durchsetzen oder neu entstehen werden, vermag niemand zu sagen. Konzentration, Spezialisierung und immer mehr Dienstleistungsbetriebe werden das Bild einer neuen Landwirtschaft bestimmen. Mit unserer alten, bäuerlichen Landwirtschaft wird sie nichts mehr gemeinsam haben. Sie mitzugestalten bringt Streit – er aber soll ja der Vater aller Dinge sein.

Man kann nun fragen, warum ich so wenige Namen in meinem Bericht genannt habe. Es haben viele mitgewirkt an dem, was sich im Verlauf von über 40 Jahren in der DDR entwickelt hat. Sie arbeiteten zusammen in der Sektion Agrarökonomik der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften oder den zu ihr gehörenden Arbeitsgemeinschaften Rechnungsführung und Statistik, industriemäßige Produktion oder LPG, ob sie aus den Universitätsinstituten von Rostock über Berlin bis Halle, Jena oder Leipzig, von der Hochschule für LPG Meißen oder der Forschungsstelle für Landarbeit, dem späteren Institut für Betriebs- und Arbeitsökonomik der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften Gundorf kamen.

Sie alle haben sich ernsthaft bemüht, unseren Bauern zu helfen. Daß politische Unreife oder Dummheit dem manchmal entgegenstanden, ergab sich aus der Situation.

Im übrigen soll gelten: De mortuis nihil nisi bene, und das russische Sprichwort: Jemand, der am Boden liegt, soll man nicht mit Füßen treten.

Für mich aber konnte es nichts Besseres geben, als was einer meiner ehemaligen Studenten nach der Wende zu anderen gesagt hat: Jetzt darf ich wenigstens wieder sagen, bei wem ich studiert habe.